



Wirtschaftsstandort Bayern: Maßnahmen zur Standortstärkung

Konsenspapier

Der Wirtschaftsstandort Bayern steht vor großen Herausforderungen

Bayern ist ein starker Wirtschaftsstandort. Zuletzt haben sich die Standortbedingungen für die Unternehmen in Deutschland allerdings stark verschlechtert. Hinzu kommt die anhaltende Wachstumsschwäche. Deutschland hinkt im internationalen Vergleich konjunkturell hinterher und droht den Anschluss verlieren.

Diese Entwicklungen haben ihre Ursachen nicht in Bayern, sondern vor allem in Berlin und Brüssel. Die Bundesregierung muss endlich umlenken. Wir brauchen auf Bundesebene jetzt dringend eine Politik, die die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts wieder in den Mittelpunkt stellt.

Maßnahmen zur Standortstärkung

Um den Wirtschaftsstandort Bayern weiter zu stärken und fit für die Transformation zu machen, gilt es, die allgemeinen Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln zu verbessern.

Insbesondere müssen folgende Punkte angegangen werden:

1. Steuerliche Entlastungen

Deutschland ist Hochsteuerland. Das benachteiligt die Unternehmen in Bayern im internationalen Wettbewerb und beeinträchtigt die Leistungsbereitschaft der Menschen. Wir müssen unseren Standort durch niedrigere Steuern stärken.

Unser Ziel ist eine Steuerbelastung für Unternehmen in Deutschland von maximal 25 Prozent bei komplettem Wegfall des Solidaritätszuschlags. Um Investitionen anzukurbeln, benötigen die Unternehmen eine dauerhafte Investitionsprämie, bessere Abschreibungsbedingungen sowie eine Ausweitung der steuerlichen Forschungsförderung auf ein international übliches Niveau. Das Wachstumschancengesetz der Ampel adressiert diese Punkte zwar in Ansätzen. Die Wirkung fällt aber viel zu gering aus, um spürbar zusätzliche Investitionen zu entfachen. Daher gilt: Das Wachstumschancengesetz wird die Probleme des Standorts Deutschland nicht lösen.

Bei der Einkommensteuer muss das Tarifsysteem weniger leistungsfeindlich ausgestaltet werden. Der starke Anstieg der Steuerprogression muss abgeflacht und die Einkommensgrenze, ab der der Spitzensteuersatz greift, deutlich angehoben werden. Unabhängig davon gilt es, steuerliche Verfahren mit Hilfe der Digitalisierung stark zu vereinfachen. Überstunden sollen steuerfrei sein.

2. Erneuerbare Energien beschleunigt ausbauen

Ein schneller Ausbau von erneuerbaren Energien und Netzen dient nicht nur der Erreichung der ambitionierten bayerischen Klimaziele. Er trägt auch maßgeblich dazu bei, den Standort Bayern zukunftssicher aufzustellen, nicht zuletzt mit Blick auf die Energiekosten. Schließlich gilt: Standort- und Investitionsentscheidungen werden zunehmend von der regionalen Verfügbarkeit erneuerbarer Energien abhängig gemacht. Bayern ist bei der Photovoltaik, Bioenergie und Wasserkraft Spitzenreiter in Deutschland. Beim Ausbau der Windenergie wird Bayern weiter kraftvoll vorankommen. Dazu müssen Politik und Wirtschaft in der Bevölkerung für den Ausbau von erneuerbaren Energien und Netzen werben. Zugleich gilt es, die Planungs- und Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien weiter zu beschleunigen.

Was den Bund angeht, so muss die Ampel-Regierung vor allem die industriellen Leistungsträger in Süddeutschland noch stärker in den Blick nehmen. Wir brauchen eine konsequente Politik für bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung. Maßnahmen zur Kostensenkung, Brückenstrompreis, Zuschuss zu den Netzentgelten und dauerhafte Absenkung der Stromsteuer für alle Unternehmen sind hier die entscheidenden Stichworte. Zudem gilt es, den Infrastrukturausbau der industriellen Kraftzentren in den Fokus zu rücken. Das betrifft insbesondere einen zügigen Anschluss des Südens an eine Wasserstoffinfrastruktur und die parallel zu planende CO₂-Infrastruktur sowie die schnelle Schaffung geeigneter Anreize für den Zubau von Erzeugungskapazitäten im Rahmen der Kraftwerksstrategie.

3. Bürokratie abbauen

Die bürokratischen Belastungen für Unternehmen haben inzwischen ein Ausmaß erreicht, das nicht mehr akzeptabel ist. Die Bayerische Staatsregierung hat das erkannt und in ihrem Koalitionsvertrag wichtige und ambitionierte Ziele für den Bürokratieabbau gesetzt, etwa den Entfall von mindestens zehn Prozent aller Verwaltungsvorschriften bis Mitte 2024, die Einführung des Grundsatzes „Eine Vorschrift rein, zwei Vorschriften raus“ oder die Beschränkung von Nachweispflichten, Dokumentationspflichten und Kontrollmechanismen auf das Unabdingbare. Diese Maßnahmen gilt es jetzt mit aller Kraft umzusetzen und zu erfüllen.

Das größte Potenzial für den Bürokratieabbau liegt allerdings im Bundesrecht:

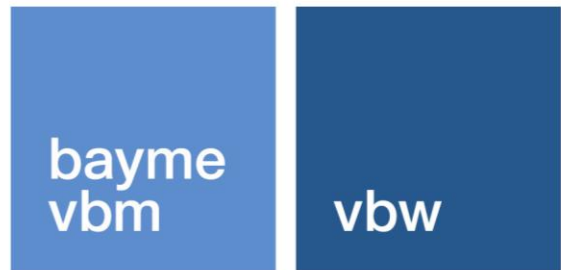
- Der Bund muss mit einem echten Bürokratieabbaugesetz unnötige Gesetze, Vorgaben, Statistik- und Dokumentationspflichten abschaffen. Das Bürokratieentlastungsgesetz

IV greift hier viel zu kurz. Angesichts der vom Bundes-Normenkontrollrat festgestellten Bürokratiegesamtlast für die Unternehmen wirken die angekündigten Entlastungen wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Es fehlen etwa Maßnahmen zur Flexibilisierung bei der Personalarbeit und beim Datenschutz sowie zum Ausbau des E-Government. Zudem fehlen jegliche Instrumente für den systematischen Abbau und die Vermeidung von Bürokratie.

- Geplante Ampel-Maßnahmen wie ein Tariftreuegesetz, ein Beschäftigtendatenschutzgesetz und ein Anspruch der Beschäftigten auf Homeoffice sind starke Bürokratietreiber und müssen gestoppt werden.
- Auf EU-Ebene muss die Ampel-Regierung einen sofortigen Stopp zusätzlicher Bürokratie durchsetzen. Neue Belastungen, wie durch die Taxonomie-Verordnung, die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die EU-Wertschöpfungskettenrichtlinie sind völlig aus der Zeit gefallen. Bestehende Regelungen, die mit hohem bürokratischem Aufwand für Unternehmen einhergehen, müssen auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert, und dann konsequent überarbeitet bzw. abgebaut werden (z. B. bei der Arbeitnehmerentsendung).

4. Arbeitskräfte- und Fachkräfte sichern

Der Mangel an Arbeitskräften und Fachkräften hat sich zu einer echten Wachstumsbremse entwickelt. Es gilt zunächst, alle inländischen Potenziale noch besser zu nutzen. Dafür benötigen wir etwa mehr Anreize für die Arbeitsaufnahme. Das Bürgergeld muss abgeschafft und durch die Sozialhilfe ersetzt werden. Das Prinzip „Fordern und Fördern“ muss wieder Leitprinzip werden. Wir brauchen eine Wiedereinführung des Vermittlungsvorrangs, die dauerhafte Sanktionsmöglichkeit bei Verweigerung der Arbeitsaufnahme sowie die Wiedereinführung der Vermögensprüfung. Zudem muss das komplexe Transferleistungssystem neu austariert und besser aufeinander abgestimmt werden. Künftig muss wieder überall und in jeder Konstellation gelten, dass sich Arbeit deutlich mehr lohnt als Nicht-Arbeit. Wir müssen zudem dafür sorgen, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen weiter steigt. Der ambitionierte Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen in Bayern ist hier ein wichtiger Beitrag. Ebenso müssen wir die Erwerbsbeteiligung von Älteren erhöhen. Auch gilt es, Arbeitszeitpotenziale besser zu nutzen, u.a. durch die Schaffung von mehr Vollzeit sowie vollzeitnaher Teilzeit. Die 4-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich ist auch unter dem Gesichtspunkt der Fachkräftesicherung kontraproduktiv. Zudem beeinträchtigt die derzeitige Arbeitszeitregelung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die tägliche Höchstarbeitszeit muss daher im Sinne der EU-Arbeitszeitrichtlinie durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ersetzt werden. Bayern investiert wie kein anderes Land in Bildung. Dieser Weg muss fortgesetzt und weiter ausgebaut werden. Durch Qualifizierungsmaßnahmen und berufliche Weiterbildung müssen die Beschäftigungschancen verbessert werden. Flankierend zur Nutzung der heimischen Potenziale ist eine gesteuerte Zuwanderung nötig, die sich an den Bedarfen des Arbeitsmarktes orientiert.



5. Bauwirtschaft und Wohnungsbau ankurbeln

Deutschland steckt in einer akuten Baukrise. Hohe Immobilienpreise, steigende Zinsen und Preiserhöhungen für Baumaterial lassen das Eigenheim für immer mehr Menschen unerreichbar werden. Beim Infrastrukturbau des Bundes in Bayern fehlen neben einer sicheren Finanzierungsperspektive große baureife Projekte. Die Baubranche braucht dringend zusätzliche Impulse. Der Freistaat hat mit der breiten Wohnraumförderung und einfacheren Genehmigungsverfahren bereits wichtige Impulse gesetzt. Zudem werden im Freistaat Digitale Genehmigungsverfahren und das modulare Bauen ausgerollt. Im Doppelhaushalt 2024/2025 des Freistaats werden die Straßenbaumittel deutlich aufgestockt.

Vom Bund müssen jetzt dringend neue, starke Impulse kommen. Für den Wohnungsbau sind das die degressive Abschreibung sowie Planungssicherheit bei der KfW-Förderung. Zudem benötigen wir eine Reform zur Regionalisierung der Grunderwerbssteuer, die es Bayern erlaubt, den ersten Erwerb von Wohneigentum steuerlich zu entlasten. Im Infrastrukturbau muss vor allem die Genehmigung der Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan entschieden vorangetrieben werden, auch über einfachere Planungsverfahren. Sobald Baurecht besteht, muss unmittelbar auch Geld verfügbar sein. Der Bund muss seine Infrastrukturprojekte in Bayern bedarfsgerecht finanzieren.